



Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 25 — Folge 49

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 7. Dezember 1974

C 5524 C

Wo liegt Königsberg?

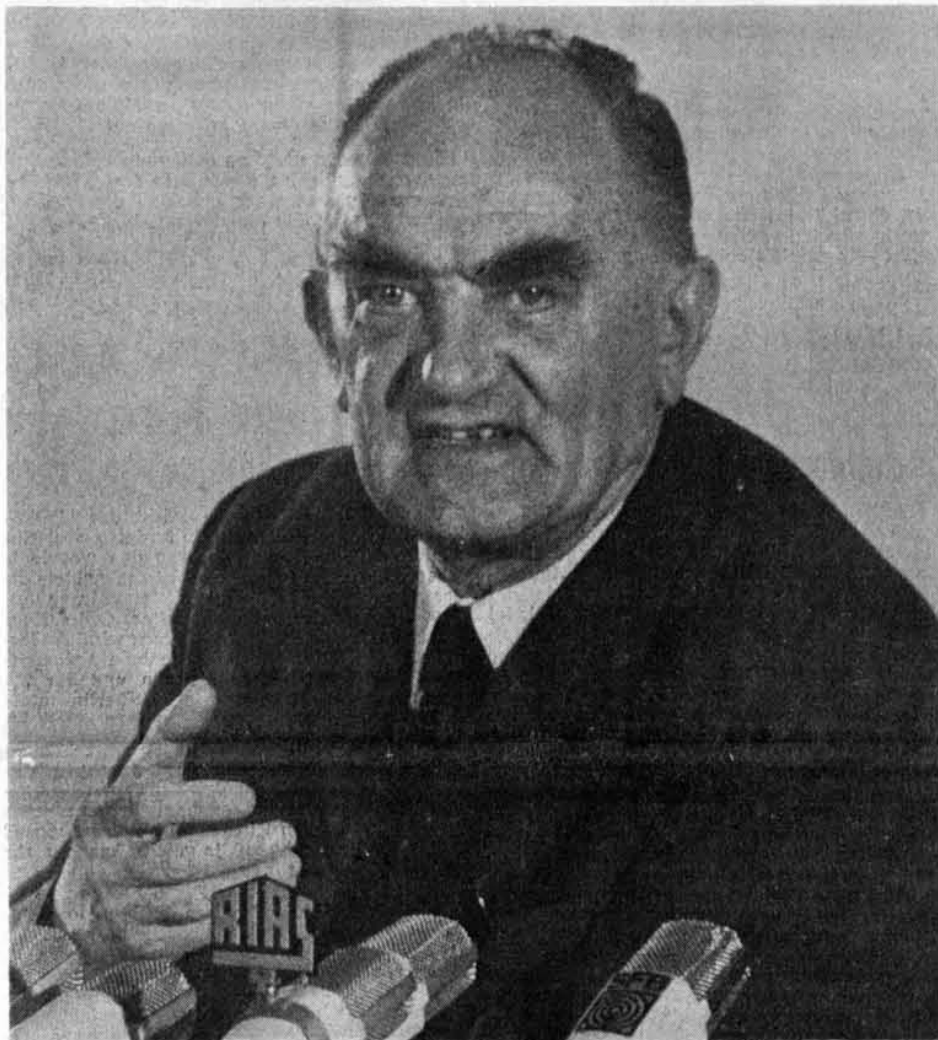
Dr. Herbert Hupka MdB: Annexionen werden durch Anpassung nicht rechtens

„In der Sowjetunion“, so Bundeskanzler Schmidt, „auf sowjetischem Territorium“, so Staatssekretär Bölling, als der Standort beschrieben werden mußte, auf dem ein Atomkraftwerk entstehen soll, wie es soeben während der deutsch-sowjetischen Verhandlungen mit dem Ziel der Energieversorgung für West-Berlin beschlossen worden ist. Erst der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Carstens, sorgte in seiner Antwort an den Bundeskanzler für die zutreffende Standortbezeichnung Ostpreußen. Inzwischen hat sich die Wochenschau „Dabei“ beeilt, mit Schmidt und Bölling gleichzuziehen und den Ort des neu zu errichtenden Atomkraftwerkes knapp und gehorsam Kaliningrad zu nennen.

Daß man in zunehmendem Maße in ausländischen Zeitungen immer wieder nur Kaliningrad und Sowjetunion lesen muß, ist betrüblich genug, aber wen wundert es noch, wenn nicht nur die Sowjetunion beharrlich auf Kaliningrad pocht, sondern auch deutschseits die sowjetische Sprachregelung und Annexionspolitik brav übernommen wird. Niemand wird es einfallen, für Moskau Moskwa zu sagen oder für Straßburg Strasbourg, nur im Falle des Geburtsortes von Kant und der Hauptstadt Ostpreußens besteht offensichtlich eine geradezu tiefergehende Bereitschaft, jedenfalls in den Kreisen der Bundesregierung bis hin zum Bundeskanzler, Ostpreußen und Königsberg lieber totzuschweigen, als unangenehm dort aufzufallen, wo Ostpreußen und Königsberg aus Geographie und Geschichte gestrichen worden sind.

Ausgerechnet der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai war es, der zu einer Besuchergruppe deutscher Wirtschaftler gesagt hat, er kenne keine Stadt namens Kaliningrad, wohl aber Königsberg, „eine berühmte Erklärung“, wie soeben erst eine politische Wochenschrift bemerkte. Übrigens sprach Tschu En-lai aus eigener Erfahrung, denn als Student hatte er auf dem Wege nach Berlin in Königsberg Station gemacht.

Annexionen werden nicht dadurch rechtens, daß man sich ihnen anbequemt und anpaßt. Es ist ohnehin ein höchst merkwürdiger Vorgang, daß die Sowjetunion zuerst den Norden Ostpreußens annektiert und nun von uns Deutschen erwartet, daß wir auch noch für die notwendige Infrastruktur Sorge tragen. Aber nicht nur dies verdient notiert zu werden, sondern auch die der gegenwärtigen Bundesregierung innewohnende Scheu und Angst, Ostpreußen und Königsberg beim deutschen Namen zu nennen. Warum nur so gefällig?



Bischof Scharf, als Exponent einer Verzichtspolitik gegenüber dem Kommunismus bekannt, hat für die Evangelische Kirche in West-Berlin eine schwere Zerreißprobe heraufbeschworen. Im Zusammenhang mit der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten meint die Sonderkommission der Polizei sogar, daß sie die Mörder schon längst hätte, wenn nicht evangelische Pfarrer entscheidende Informationen verschwiegen. Foto AP

Der Igel als Türkinke

H. W. — Man erinnere sich an das Jahr 1966: damals brach die Koalition unter Bundeskanzler Ludwig Erhard auseinander, weil genau drei Milliarden im Haushalt fehlten und weil wir bei 300 000 Arbeitslosen und 3,5 Prozent Inflation angelangt waren. Diese Zahlen muß man kennen und man muß sich erinnern, was damals seitens der in Opposition befindlichen SPD in Weltuntergangsstimmung gemacht wurde. Und heute? Nun, es fehlen nicht drei, sondern ganze 23 Milliarden in den Bonner Kassen, die Zahl der Arbeitslosen ist heute weit mehr als doppelt so hoch und die Preise klettern auch doppelt so schnell wie im Jahre 1966. Seitens der Koalitionsparteien, die diese Bundesregierung stellen, ist kein Wort in den Sinne zu hören, man möge Kanzler und Kabinett in die Wüste schicken. Im Gegenteil: die Lage wird heruntergespielt und am liebsten würde man die ganze Situation verharmlösen und so tun, als ob alles in bester Buttlerei sei.

Davon kann keine Rede sein. Wohl aber davon, daß, als der Finanzminister Strauß ab- und die sozialliberale Regierung mit einer maßlosen Reformpolitik antrat, in Bonn ein geordneter Haushalt und volle Kassen vorhanden waren. Was ist von all den vielen Versprechungen geblieben? Willy Brandts Vollbeschäftigungsgarantie, die er ein halbes Jahr nach seinem Amtsantritt abgegeben hatte, stellt sich heute so dar, daß wir es mit 700 000 Arbeitslosen und 350 000 Kurzarbeitern zu tun haben. Schon heißt es, daß selbst die Kurzarbeiter nicht alle durchgehalten werden können. Also wird die Zahl der Arbeitslosen noch ansteigen.

Angesichts solch prekärer Lage ist es verständlich, wenn man in Bonn sich Gedanken darüber macht, wie drohende Gefahren abgewandt werden können. Sicherlich wird in Zeiten einer besonderen Not auch eine verantwortungsbewußte Opposition zu überlegen haben, wie sie dazu beitragen kann, eine katastrophale Zuspitzung der Wirtschaftslage zu verhindern. In diesem Zusammenhang sind in den letzten Wochen Meldungen aufgetaucht, die — vielleicht als Versuchsballon gestartet — die Möglichkeiten einer großen Koalition auf den Tisch bringen. Es ist verständlich, daß die Freien Demokraten eine solche Lösung entschieden ablehnen, denn dann wären sie draußen vor der Tür. Wenngleich das für sie den Vorteil hätte, die Hände in Unschuld zu waschen und so zu tun, als sei sie nie dabei gewesen.

Doch kann der CDU/CSU, die heute in Bonn die Opposition stellt, daran gelegen sein, in ein derart leckes Boot einzusteigen? Schon einmal sind die Unionsparteien dem geschickten Locken des Strategen Herbert Wehner erlegen. Mit der Bildung der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger wurde die SPD „hoftüchtig“ gemacht. Heute kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sozialdemokraten damals in dieses Bündnis eingestiegen sind mit dem Ziel, bei passender Gelegenheit die günstige Gelegenheit zu nutzen, um sich als die eigentliche Regierungspartei zu empfehlen. Das ist dann 1969 auch gelungen und die Absprache zwischen den Herren Brandt und Scheel ermöglichte es, die CDU/CSU, obgleich sie die stärkste Bundestagsfraktion stellte, auf die Bänke der Opposition zu verweisen.

Wenn man nun ernsthaft versuchen wollte, die CDU/CSU wieder für eine Große Koalition zu gewinnen, dann dürfte man in deren Führungskreisen wissen, daß man nur als eine Art „Feuerwehr“ herbeigerufen und bestimmt nicht mehr benötigt wird, wenn die Gefahr als gebannt erscheint. Es fragt sich überdies, ob die dringenden inneren Probleme, die unsere Gefälligkeitsdemokratie herbeigeführt hat, überhaupt durch eine Große Koalition zu lösen wären. Es geht doch keineswegs darum, ein paar Minister in ein Kabinett zu bekommen, sondern darum, daß grundsätzlich ein Wandel herbeigeführt wird. Das wird sicherlich nicht möglich sein, wenn ein rotliberal-lackiertes durch ein rot-schwarz drapiertes Kabinett abgelöst wird.

Das Ergebnis der letzten Landtagswahlen in Hessen und Bayern hat gezeigt, daß die Bürger mit der Politik dieser derzeitigen Regierungsparteien nicht mehr einverstanden sind und der Wähler erwartet, daß die Opposition in allen entscheidenden Fragen, denen der Wirtschaft, der inneren Sicherheit oder der Schulpolitik eine bessere Alternative anbietet. Diese Wähler hätten mit Sicherheit kein Verständnis dafür, wenn die Union nun bereit wäre, die SPD zu stützen, damit es noch ein paar Monate so weitergemacht werden könnte wie bisher.

Auch wenn er inzwischen in der Sache wieder zurückgesteckt hat, zuerst war es wohl Herbert Wehner, der den Gedanken der Großen Koalition wieder in die Diskussion brachte. Ausgerechnet aber Wehner als Beirater für eine Zusammenarbeit mit der Union, das sei — so meinte dieser Tage der CDU-Vorsitzende Kohl treffend — etwa so, als ob man einen Igel zur Türkinke mache.

Wir beten nicht für Handgranaten im Talar

Bischof Scharf bringt Evangelische Kirche Berlins ins Zwielicht — Massenaustritte als Folge

Die Zahl ist bereits überholt, allein sie spricht Bände: innerhalb von wenigen Tagen sind in Berlin mehr als 500 protestantische Christen aus ihrer Kirche ausgetreten. Das ergab eine Umfrage bei den West-Berliner Amtsgerichten, wo diese Austritte zu Protokoll gegeben wurden. Mit dieser schwerwiegenden Gewissensentscheidung protestierten die Kirchenglieder gegen die Haltung oder besser gesagt gegen das Verhalten des seit langem nicht nur in evangelischen Kreisen umstrittenen Bischofs Scharf, der in jüngster Zeit wieder dadurch von sich reden machte, daß er die Anarchistin Ulrike Meinhof im Moabiter Untersuchungsgefängnis besuchte, wobei er, in den Beschluß berechtigter Kritik geraten, erklärte, er habe hier im Auftrage der Kirchenleitung und auf Wunsch der Justizbehörden gehandelt.

Dabei sei es darum gegangen, die Häftlinge von ihrem Hungerstreik abzubringen und eine „drohende Eskalation für unsere Stadt zu verhindern“. Nach seinen eigenen Angaben stellte der Bischof den Anarchisten „kleine Signale des Entgegenkommens“ der Justiz und „gewisse Haft erleichterungen“ in Aussicht. Begleitet wurde der Bischof bei seinem Besuch von der Sozialarbeiterin Zühlke, von der er sagte, daß sie als seine „Dolmetscherin“ fungiert habe. Er habe sich ihrer bedient, weil Frau Zühlke schon häufig Kontakt zu den Inhaftierten gehabt habe. Inzwischen war diese Frau Zühlke ebenso in Haft genommen worden wie der Vikar Burghardt; ihnen wird vorgeworfen, die Baader-Meinhof-Bande begünstigt zu haben, wobei der schwere Verdacht erhoben wird, die Zühlke habe einen Kassiber der Meinhof aus der Zelle hinausgeschmuggelt und dieser habe eine Weisung erhalten, die direkt oder indirekt mit der Ermordung des Berliner Kammergerichtspräsidenten in Verbindung zu bringen sei. Die Staatsanwaltschaft glaubt Anhaltspunkte dafür zu haben, daß Ulrike Meinhof Auftrag gegeben hat, eine prominente Persönlichkeit zu entführen mit dem Ziel, diese Geisel zur Auslösung der Baader-Meinhof-Häftlinge zu benutzen. In Berlin heißt es, die Mörder des Kammergerichtspräsidenten hätten zunächst die Absicht gehabt, diesen zu entführen.

Bei von Drenkmanns Gegenwehr habe man ihn erschossen.

Wie aufgebracht man in der Berliner Bevölkerung ist, beweist, daß ein Rechtsanwalt gegen Bischof Scharf Strafanzeige wegen des Verdachtes der „Nichtanzeige eines Verbrechens“ gestellt und dabei ausgeführt hat, es sei „nahezu erwiesen“, daß Scharf von dem Anschlag auf von Drenkmann gewußt habe.

Inzwischen haben die Justizbehörden mit aller Entschiedenheit den Darstellungen des Bischofs Scharf widersprochen und weisen die Behauptung zurück, der Berliner Kirchenmann sei auf ihre Veranlassung nach Moabit gefahren. Angesichts dieser Situation kann es nicht wundern, daß die Bevölkerung Berlins außerordentlich beunruhigt und die Evangelische Kirche in Berlin in ein Zwielicht geraten ist, als dessen Folgen sich die anhaltenden Kirchenaustritte auswirken. Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, daß Bischof Scharf und die von ihm favorisierten Linkskreise sich auf eine christliche Nächstenliebe berufen, die ausgerechnet dann so offensichtlich wird, wenn es darum geht, sich für die Terroristen einzusetzen.

Nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern ganz offen wird in den Kreisen der evangelischen Christen in Berlin nun Bischof Scharf als

nicht weiter tragbar bezeichnet; der von zahlreichen Synodalen und Kirchenführern geforderte Rücktritt des ins Zwielicht geratenen Bischofs wird von diesem bisher abgelehnt. Es ist damit zu rechnen, daß sein Verhalten zu weiteren Reaktionen, vor allem zu einer Entfremdung zwischen der Kirchenleitung und ihren Gliedern und wohl auch zu weiteren Austritten aus der Evangelischen Kirche in Berlin führen wird.

Das Verhalten des Bischofs Scharf kann nur im Zusammenhang gesehen werden mit den — endlich — von Bund und Ländern vorgenommenen Veröffentlichungen über die echte Gefahr, die die Terroristen für die Sicherheit unseres Staates darstellen. Beweise hierfür — und zwar in Masse — haben die jüngsten Hausdurchsuchungen geliefert, bei denen Material zutage gefördert wurde, das es auch dem Innenministerium unmöglich machen würde, das Treiben der Bombenleger zu verniedlichen. Zu dem Treiben der Baader-Meinhof und ihrer Nachfolger und der Verwicklung der Evangelischen Kirche hieß es jetzt in einer bekannten Sonntagszeitung: „Berlins Bischof Scharf, ein freundlicher Mann, doch als Bischof „flau-flau-amen“, trägt Mitschuld und Mitverantwortung, daß so manche Kirche zum Tanzpalast der Linksputschisten wurde. Priester als Ministranten der Gewalt. Kassiber-Container, getarnt mit dem Kreuz und in Wahrheit Marx näher als Gott . . . Wir zahlen und beten für den Frieden und nicht für Handgranaten im Talar.“

Wann wird Bischof Scharf einsehen, daß er seiner Kirche nur noch einen Dienst erweisen kann: den Rücktritt. Scharf, der es duldet, daß einst Rudi Dutschke in den Berliner Kirchen seine „Heilslehren“ predigte, ist zu einem ersten Problem für die Evangelische Kirche geworden.

Ingolf Herrmann